

**Interview**  
**07. Juli 2022**

**Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Jens Spahn, Vizevorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.**

**Barbara Schmidt-Mattern:** Die Idee der Konzertierten Aktion stammt aus den 60er-Jahren und der Kanzler möchte sie wiederbeleben. Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber treffen sich im Kanzleramt, um über den Umgang mit steigenden Verbraucherpreisen zu beraten. Da gibt es aber schon vor Beginn der Runde zahlreiche Diskussionen, sogar Streit, wie man die Bürger am besten entlasten könnte.

Wir können das Thema jetzt vertiefen beziehungsweise der Frage nachgehen, welche Maßnahmen gegen die Energiekrise es jetzt braucht. Ich kann darüber nun sprechen mit Jens Spahn, Vizevorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und in dieser Funktion zuständig unter anderem für die Themen Wirtschaft, Klima und Energie. Schönen guten Morgen, Herr Spahn.

**Jens Spahn:** Schönen guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern!

**Schmidt-Mattern:** Der Bundespräsident fordert jetzt vor allem wegen der hohen Energiekosten Instrumente – so hat er es im ZDF-Interview gesagt – wie man insbesondere den Geringverdienern das Leben erleichtert. Was schlagen Sie vor?

**Spahn:** Das ist grundsätzlich genau das, was zu tun ist. Das ist eine soziale Frage, sozialer Sprengstoff, wie der Bundeskanzler gerade im Beitrag gesagt hat, eine so hohe Inflation – übrigens nicht nur, sondern vor allem, bei Energie. Aber wir haben ja auch andere Bereiche, in denen die Preise steigen. Unser Vorschlag wäre eine gezielte Steuersenkung: gerade für kleinere und mittlere Einkommen die Stromsteuer zu senken. Und wir müssen über Vorschläge reden, wie wir bei der Energie gezielt entlasten. Ein Vorschlag – Frau Fahimi war vorhin im Beitrag – ist zu sagen, wir staffeln die Energiepreise für die Haushalte. Man könnte zum Beispiel sagen, ab dem 1. Oktober: die ersten 10.000 Kilowattstunden Gas pro Haushalt kosten weniger als die zweiten 10.000, was gerade für kleinere Haushalte, für Geringverdiener, die sowieso schon sparsamer mit Geld umgehen, einen Unterschied macht. Solche Vorschläge gehören auf den Tisch und müssen dann vor allem heute auch zu einem Ergebnis geführt werden. Es ist schon viel geredet worden; es braucht jetzt mal Entscheidungen.

**Schmidt-Mattern:** Der Sozialflügel der CDA schlägt noch weitere Maßnahmen vor, unter anderem eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, auch Zuzahlungen für Hartz-IV-Empfänger, langfristig niedrigere Preise im öffentlichen Personennahverkehr. Da sind Sie ja sehr spendabel in der CDU. Wie soll das alles finanziert werden?

**Spahn:** Zuerst einmal erwarte ich mir, Frau Schmidt-Mattern, Vorschläge der Bundesregierung. Es ist okay, wenn wir jetzt über jede Vereinigung der Union reden, und da sind auch gute Vorschläge dabei. Aber es gibt ja heute ein Treffen im Kanzleramt, eine Konzertierte Aktion, und ich erhoffe mir da viel. Ich erwarte nur mittlerweile wenig. Der Kanzler hat ja gerade schon gesagt, konkrete Ergebnisse gibt es heute scheinbar nicht. Dann frage ich mich, wofür treffen sich da heute alle?

Wir brauchen bei der Inflation endlich einen „whatever it takes“-Moment der Bundesregierung, des Bundeskanzlers. Er muss es zum Top-Thema machen, weil Inflation sich auch selbst verstärkt. Wenn eine Inflationserwartung da ist, dann ist das ein bisschen „self-fulfilling“. Dann wird das auch immer stärker sich selbst verstärkend in den Preissetzungen. Deswegen müssen Zentralbanken, aber auch Regierungen klar sagen, dass sie Inflation bekämpfen und Maßnahmen unterlegen. Deswegen können wir jetzt über viele Einzelmaßnahmen reden. Entscheidend ist aber erst einmal, dass die Bundesregierung endlich ins Entscheiden kommt bei diesem Top-Thema.

**Schmidt-Mattern:** Dann kommen wir auch noch mal dazu. Das eine hängt ja unmittelbar mit dem anderen zusammen: Die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen auf der einen Seite, die Energiesicherheit auf der anderen Seite. Der Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck bereitet in diesen Tagen ein neues Gesetz vor – so viel ist schon durchgesickert – mit dem

Ziel, dass die steigenden Kosten gleichmäßiger, so heißt es, auf alle Kundinnen und Kunden verteilt werden sollen, um zum Beispiel die energieintensiven Industrien besonders zu entlasten. Muss man nun eher den Gasversorgern helfen oder eher den Bürgerinnen und Bürgern? Wenn Sie jetzt „Beides“ sagen: das geht ja nicht.

**Spahn:** Das stimmt. Es macht auch nur an einer Stelle Sinn. Aber es hilft in beiden Fällen den Verbrauchern, den Bürgerinnen und Bürgern. Denn es geht ja vor allem um eines: Die Gasversorger in Deutschland: viele haben langfristige Verträge mit russischen Gaslieferanten, zum Teil für 40, 50 Euro, und jetzt hat sich der Preis verdreifacht oder vervierfacht und die müssen diese Preise, diese Preisdifferenz ja irgendwo reinbekommen, entweder indem sie die beim Kunden in den Preisen bemerkbar machen. Das wäre nicht gut, das wären zum Teil dreifach, vierfach so hohe Gaspreise für den Endverbraucher, oder indem man beim Einkauf, bei der Einfuhr nach Deutschland, in einfacher Sprache, den Gasversorgern hilft. Am Ende hilft man aber immer den Kunden, das ist wichtig, und ich finde das richtig, dass es jetzt diesen zweiten Vorschlag gibt, dass man nicht sehr ungleichgewichtig die einzelnen Haushalte, je nachdem welches Stadtwerk welchen Vertrag hat, trifft, sondern dass man Gaslieferanten direkt unterstützt. Dass man eine Umlage möglich macht, dass möglicherweise auch dort Steuergeld benutzt wird, um in der Krise zu retten und abzufedern. Den Vorschlag gab es schon, als das Gesetz vor wenigen Wochen gemacht wurde. Das wird jetzt angepasst. Und ich finde, wenn ich das mit Krisenerfahrung sagen darf, es in der Krise auch okay. Dann werde ich das nicht kritisieren, dass man die Maßnahmen noch einmal anpasst und überprüft. Wichtig ist aber jetzt, dass es dann schnell passiert.

**Schmidt-Mattern:** Machen wir es noch einen Tick konkreter, Herr Spahn. Der Kanzler selbst bringt Staatshilfen für den Gasimporteur Uniper nach dem Modell der Lufthansa ins Gespräch, die ja auch gestützt wurde während der Corona-Pandemie. Ist das der richtige Weg?

**Spahn:** Das ist ein möglicher Weg und, wie gesagt, grundsätzlich ein Weg, den man gehen kann, den man auch unterstützen kann. Wir müssen jetzt schauen, wie es sich konkret ausgestaltet. Im Kern geht es darum, die stark gestiegenen Gaspreise beim Einkauf nach Deutschland so abzufedern, dass sie nicht die Verbraucher voll treffen, übermäßig belasten, aber gleichzeitig muss es auch einen Anreiz geben, Energie zu sparen, und deswegen sind die Vorschläge, die wir gerade schon diskutiert haben, genauso wichtig.

Was übrigens auch wichtig ist, Frau Schmidt-Mattern, für die Preise, dass das Angebot groß ist. Das gilt für Strom wie für Gas. Wir reden gerade viel darüber, wie wir die Preise stabilisieren, aber es ist auch preisstabilisierend, wenn das Angebot größer wird. Das heißt, dass man jede Form von Energie auch am Markt lässt. Das heißt, Kohlekraftwerke hochzufahren, wie es jetzt auch passiert, oder länger am Netz zu halten. Das heißt übrigens auch, Kernkraftwerke länger am Netz zu halten, sechs, sieben Prozent mehr Stromangebot in Deutschland, das ist der Anteil der Kernkraftwerke, auch im nächsten Jahr, stabilisiert die Preise. Umso mehr Angebot, desto geringer die Preise.

**Schmidt-Mattern:** Ein Vorstoß, den die Union immer wieder macht. Es steht allerdings unter Experten in Frage, wieviel das tatsächlich nutzen würde. Lassen Sie mich aber noch auf einen anderen Aspekt kommen. Robert Habeck setzt beim Energiesparen immer wieder oder weiterhin bislang auf Freiwilligkeit. Ist das richtig, oder brauchen wir gesetzliche Energiesparmaßnahmen?

**Spahn:** Was wir brauchen – und deswegen sind sechs, sieben Prozent Strom durch Kernkraft schon ein Unterschied – ist, dass alle Maßnahmen gezogen werden. Wer die Bürgerinnen und Bürger dazu auffordert, kürzer zu duschen, der sollte vorher auch wirklich jede Maßnahme, die der Staat tun kann, wie bei Kraftwerken auch, nutzen.

Das Zweite ist: Gesetzlich regeln, wie warm es in der Wohnung sein darf, Frieren per Gesetz, etwas zugespitzt: das kann ja nicht der Weg sein, sondern es muss anders herum Angebote geben, Möglichkeiten geben, und Anreize, zu sparen für den Privathaushalt. Den Vorschlag gibt es zum Beispiel aus der SPD-Fraktion: zu sagen, wenn Du im Jahr 2022 weniger Gas verbrauchst als 2021, gibt es pro gesparter Kilowattstunde zum Beispiel 20 Cent. Das, finde ich, ist ein Vorschlag, den man wirklich diskutieren muss, weil er einen Anreiz setzt und vor allem bei Geringverdienern einen echten Unterschied macht. Robert Habeck hat dazu in einem Interview gesagt, und wurde dafür in den Sozialen Medien gefeiert: „kriegste nicht, Alter“. Da kann man feiern, dass da jemand cool, lässig so etwas abschmettert. Ich glaube, es ist für Menschen mit geringem Einkommen, die gerade jeden Cent umdrehen müssen für ihre Gasrechnung, für ihre Stromrechnung, für ihre Tankrechnung, zynisch.

**Schmidt-Mattern:** Sie sagen, „kriegste doch, Alter“? Sie wollen das subventionieren, wenn jemand ...

**Spahn:** Ich würde nicht „Alter“ sagen, aber ich würde sagen, „ja, kriegste doch“. Wir müssen Anreize setzen für Industrie, aber auch für den Privathaushalt, Energie einzusparen.

**Schmidt-Mattern:** Wenn Sie nun so sehr fürs Energiesparen sind, wie alle im Moment, was spricht eigentlich, Herr Spahn, gegen einen autofreien Sonntag? Das würde ja auch dem Klima helfen.

**Spahn:** Ich bin grundsätzlich dafür, dafür werbe ich seit Wochen, dass wir jeden Vorschlag mal ohne Reflexe prüfen.

**Schmidt-Mattern:** Auch diesen?

**Spahn:** Auch diesen! Das gilt für Kernkraft, das gilt für einen autofreien Sonntag, das gilt für ein Tempolimit. Das muss alles auf den Tisch, geprüft werden. Das einzige, was ich nur erlebe, übrigens auch bei der Inflation, auch heute Morgen wieder bei dem Vorschlag von Frau Fahimi: Alle in dieser Regierung, in dieser Koalition sagen den ganzen Tag, was alles nicht geht. Wir müssen nur in den Modus, was geht. Übrigens: Robert Habeck könnte den autofreien Sonntag per Verordnung einführen!

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.